

18/1995

Regierungserklärung im Deutschen Bundestag

Helmut Kohl würdigt die Auf- bauleistung der Vertriebenen

Bundeskanzler Helmut Kohl gab im Namen der Bundesregierung im Deutschen Bundestag am 1. Juni 1995 eine Erklärung zum Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa ab. Nachfolgend einige Auszüge aus der Rede des Kanzlers:

Wir würdigen in dieser Sitzung des Bundestages den Beitrag der deutschen Heimatvertriebenen zum Wiederaufbau in Deutschland und zum Frieden in Europa. Unter uns leben noch viele, die durch persönliche Erinnerung an Flucht und Vertreibung unmittelbar und nachhaltig betroffen und geprägt sind. Ihre Heimat waren der damalige deutsche Osten oder andere Gebiete in der Mitte, im Osten und Südosten Europas, in denen Deutsche seit Jahrhunderten siedelten und lebten.

Nur Unbelehrbare können bestreiten, daß die erste Ursache jener Tragödie im 30. Januar 1933 zu suchen ist. Eindeutig ist auch die Verantwortung für den Angriffskrieg im Osten, zuerst gegen Polen, dann gegen die Sowjetunion. Wer etwas anderes behauptet, hat nichts, aber auch gar nichts aus der Geschichte gelernt. Wir müssen aber auch jenen nachdrücklich widersprechen, die in der Erinnerung an das Leid der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge einen Akt kleinlicher Aufrechnung oder gar einen Ausdruck von Revanchismus sehen wollen.

Fortsetzung auf Seite 2 ►

HEUTE AKTUELL

● Nahost-Reise

In Jerusalem und Jericho – überall warb der Kanzler für den Frieden.

Seite 5

● Argumente

Die Widersprüche von SPD und Grünen.

Seite 7

● Finanzen

Die SPD im Steuerstreit.

Seite 14

● BAföG

Schritt in die richtige Richtung.

Seite 19

● Öffentlichkeitsarbeit

50 Jahre jung: Tips für CDU-Sommerfeste. Auch das VHS-Video „50 Jahre CDU“ ist jetzt lieferbar.

Seite 20

DOKUMENTATION

Musterrede zum Thema
„50 Jahre CDU“:
Grüner Teil

► Fortsetzung von Seite 1

Weder wird deutsche Schuld durch das Unrecht der Vertreibung auch nur um ein Jota gemindert, noch hebt deutsche Schuld das Unrecht der Vertreibung auf.

Die Heimatvertriebenen und Flüchtlinge haben einen Anspruch darauf, daß wir vor der Tragik ihres persönlichen Schicksals nicht die Augen verschließen, sondern auch das an ihnen verübte Unrecht beim Namen nennen. Dazu gehört vor allem, daß wir uns den Ablauf und die bis in unsere Zeit reichenden Folgen jener Tragödie bewußt machen. Ich halte dies für eine selbstverständliche menschliche Pflicht.

Für die jüngere Generation ist das alles schon sehr ferngerückt. Für die, die es selbst erlebt haben, wurde es oft zum Trauma, einem Trauma, das bei vielen bis heute nachwirkt. Das Elend der endlosen Trecks, der Hunger und die eisige Kälte auf dem langen Weg nach Westen, die Angriffe aus der Luft auf ungeschützte Kolonnen der Zivilisten, das Feuer sowjetischer Panzer, die die Trecks überrollten - dies alles forderte vieltausendfach tödlichen Tribut.

Heute ist von den einzelnen Geschehnissen jenes Massenexodus die Flucht über das zugefrorene Haff, fast eine Art Binnenmeer an der ostpreußischen Küste, noch am ehesten zum Begriff geworden. Am nachdrücklichsten hat sich aber wohl die Versenkung der „Wilhelm Gustloff“ in das Gedächtnis eingebrannt. 5000 Flüchtlinge sind damals in der Ostsee ertrunken, darunter 3000 Kinder.

Die Vorgeschichte der Vertreibung

Wir werden und wir wollen über all dem aber auch nicht vergessen, daß die ersten Kriegsflüchtlinge Polen waren, die vor

deutschen Angreifern flohen. So begannen die Leiden des polnischen Volkes, das das erste Opfer von Hitlers Vernichtungsfeldzug wurde. Ich erinnere heute auch an das Schicksal jener Polen, die am Ende dieses Krieges von Stalin gezwungen wurden, ihre Heimat zu verlassen. Auf der Potsdamer Konferenz wurde die Vertreibung der Polen und der Deutschen bestätigt. In Potsdam wurde vereinbart, daß die Umsiedlungen, wie es hieß, „in geregelter und humaner Weise“ vor sich gehen müßten. Doch die Praxis sprach allen humanen Grundsätzen Hohn.

So kam es zur Geschichte der Vertreibung, wie die Deutschen sie im Osten erlebten: die Schrecken der Lager, in denen Tausende an Hunger, Mißhandlungen und Seuchen starben, die Vergewaltigungen von Frauen und Mädchen, das Elend der Todesmärsche wie der Evakuierungstransporte.

Wer die Vergangenheit nicht kennt, kann die Gegenwart nicht verstehen und die Zukunft nicht gestalten. Darum müssen auch hier die Tatsachen klar benannt werden.

Bis Ende 1950, dem Ende der allgemeinen Vertreibungsmaßnahmen, waren in das damalige Bundesgebiet über acht Millionen Flüchtlinge und Vertriebene gelangt, in das Gebiet der DDR über vier Millionen, von denen dann in den kommenden Monaten und Jahren noch viele nach Westen weiterzogen. Was bei dieser Völkerwanderung wider Willen geschah, kommt in einer einzigen Zahl zum Ausdruck: Bei Flucht und Vertreibung sind über zwei Millionen Deutsche ums Leben gekommen.

Trotz aller eindringlichen Fernsehberichte über das Kriegsende können sich die Heutigen kaum eine Vorstellung mehr von dem Chaos jener Zeit machen. Wie sah das Land aus, in das die über 12 Millionen Überlebenden aus dem Osten kamen, elend, oft halb verhungert? Die Industrie

war zerbombt, die Verwaltung lahmgelegt, die Verkehrsverbindungen zerstört. In den westdeutschen Besatzungszonen z. B. lebten von den 40 Millionen Einheimischen rund die Hälfte, 20 Millionen, in Notunterkünften, in Lagern und Baracken.

Zu den Heimatvertriebenen kamen noch fünf Millionen Heimkehrer aus der Kriegsgefangenschaft hinzu. Ihnen mußte aus gutem Grund schnell geholfen werden, wie auch Millionen von Einheimischen, die vor den Bombenangriffen evakuiert waren. Die Versorgungslage war schwierig, viele litten Hunger. Bis 1948 war die Lebensmittelzuteilung streng rationiert und je nach Arbeitsleistung abgestuft.

Stalins zynische Rechnung

Stalin hatte mit dieser Entwicklung nicht nur gerechnet, er hatte sie seinem politischen Kalkül zugrunde gelegt. Im vertrauten Kreise hatte er damals geäußert, daß die Angst vor deutschem Revanchismus Deutschlands Nachbarn im Osten auf lange Frist zu einem festen Block mit der Sowjetunion zusammenzwingen würde. Insbesondere aber setzte Stalin darauf, daß die Deutschen aus dem Osten im Westen Deutschlands sozialen Sprengstoff bilden würden, der Westdeutschland politisch destabilisieren und auf die Dauer dem Sog der in Europa übermächtigen Sowjetunion ausliefern würde.

Die Voraussetzungen dafür, daß diese zynische Rechnung aufgehen könne, waren gegeben. Flüchtlinge und Vertriebene mußten ja als erstes ein Dach über dem Kopf haben. Die verheerendsten Zerstörungen an Wohnraum waren aber durch die Bombenangriffe in den Städten angebracht worden. Also wurden viele der Neuankömmlinge aufs Land umgeleitet. Hier konnte man sie zwar, wenn auch nur notdürftig, unterbringen; aber dafür gab es zuwenig Arbeitsplätze. Noch im Jahr 1950

waren von den Vertriebenen in Westdeutschland doppelt so viele arbeitslos wie bei der gesamten Bevölkerung.

Wie wurden diejenigen, die ihre Heimat verloren hatten, von denen aufgenommen, die jedenfalls ein Zuhause hatten? Es gab Hilfsbereitschaft; das ist wahr. Es gab viele Zeichen von selbstlosem Einsatz bei den Einheimischen. Aber es gab auch viel Mißtrauen, Gleichgültigkeit und Ablehnung. So sahen sich die, die alles verloren hatten, in der neuen Heimat, die für viele lange Zeit die Fremde blieb, als sozial Deklassierte.

Es wäre doch verständlich gewesen, wenn diese Menschen sich radikalisiert hätten, wenn sie Demagogen gefolgt wären. Beispiele für solche Radikalisierung bis hin zur Gewalttätigkeit gab und gibt es ja auch heute noch in unserer Welt. In Deutschland aber verabschiedeten die Heimatvertriebenen schon im Jahr 1950 ihre „Stuttgarter Charta“. Sie trugen damit entscheidend dazu bei, die Voraussetzungen für eine friedliche Entwicklung der Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn zu schaffen, und auch dazu, daß die Rechnung Stalins nicht aufging.

Als diese Charta formuliert wurde, war das Elend der Vertreibung noch allgegenwärtig. Doch schon damals, 1950, wiesen die Vertriebenenverbände feierlich jeden Gedanken an Vergeltung für millionenfach erlittenes Unrecht von sich. Ich zitiere:

Dieser Entschluß ist uns ernst und heilig im Gedenken an das unendliche Leid, welches im besonderen das letzte Jahrzehnt über die Menschheit gebracht hat. Wir werden jedes Beginnen mit allen Kräften unterstützen, das auf die Schaffung eines geeinten Europas gerichtet ist, in dem die Völker ohne Furcht und Zwang leben können.

Ich gestehe ganz offen: Ich verstehe nicht, warum jene Charta der Heimatvertriebenen nicht häufiger als ein Musterbeispiel

politischer Kultur herausgestellt wird. Sie war und bleibt ein Werk des Friedens. Ich nenne hier stellvertretend für viele unsere früheren Bundestagskollegen Wenzel Jaksch und Herbert Czaja.

Die Leistung der Vertriebenen

Neben der politischen gibt es eine weitere entscheidende Leistung der Vertriebenen zum Aufbau eines freiheitlichen Staatswesens auf deutschem Boden: Das ist ihr gar nicht hoch genug einzuschätzender wirtschaftlicher Beitrag. Die Heimatvertriebenen hatten oft Land, Haus und Hof verloren. Viele kamen ohne jegliche Habe.

Aber alle brachten etwas mit, was ihnen niemand nehmen konnte: ihr Wissen, ihr Können, ihre allgemeine wie ihre spezielle berufliche Ausbildung. Das, zusammen mit ihrem Fleiß und dem Willen, für ihre Kinder eine neue Zukunft zu schaffen, wurde zu einem außerordentlichen Gewinn für den Wiederaufbau.

Zur Integration der Vertriebenen haben der Lastenausgleich und andere Fördermaßnahmen gewiß erheblich beigetragen. Dies war ein erster großer Erfolg der Sozialen Marktwirtschaft. An einen wirklichen Ausgleich der im Osten erlittenen Verluste war nicht zu denken. Immerhin umfaßten die Leistungen in den Anfangsjahren bis zu einem Viertel des damaligen Bundeshaushalts. Auf diese solidarische Bewältigung von Kriegsfolgen können wir stolz sein.

Fünf Jahre nach dem Ende der kommunistischen Diktaturen lebt Deutschland in guter Nachbarschaft mit den Staaten, aus denen so viele Deutsche vertrieben wurden. Ich möchte das gute Verhältnis würdigen, das uns mit Polen verbindet.

Der Grenzvertrag vom 14. November 1990, in dem das wiedervereinigte Deutschland die bestehende Grenze mit Polen anerkannte, erinnert in seiner

Präambel „an das schwere Leid, das dieser Krieg mit sich gebracht hat“. Er nennt insbesondere auch den von zahlreichen Deutschen und Polen erlittenen Verlust ihrer Heimat durch Vertreibung oder Aussiedlung. Dies sei Mahnung und Herausforderung zur Gestaltung friedlicher Beziehungen zwischen den beiden Völkern und Staaten. Wir alle erinnern uns mit Dankbarkeit an die noblen Worte des polnischen Außenministers Bartoszewski vor wenigen Wochen von dieser Stelle aus.

Ziel meiner Reise nach Polen in wenigen Wochen, Anfang Juli, soll sein, dieses gute Verhältnis weiter zu festigen.

Aussöhnung mit Tschechien

Auch unser Verhältnis zu unseren tschechischen Nachbarn wollen wir im Geist der guten Nachbarschaft und des friedlichen Miteinanders gestalten. Was bei der Vertreibung der Deutschen dort geschah, war Unrecht. Ich bin Präsident Havel und Ministerpräsident Klaus für ihre Worte dazu dankbar. Wir wollen und werden die ausgestreckte Hand ergreifen. Auf der Grundlage beiderseitiger Wahrhaftigkeit läßt sich eine gute Zukunft für die Menschen in beiden Ländern gewinnen und sichern.

Wir wollen und werden in diesem Geiste mit Tschechien zu vernünftigen Regelungen kommen.

Wir dürfen den Schmerz und die Tränen dieses Jahrhunderts nicht vergessen. Das schulden wir den Opfern. Friede beginnt mit der Achtung der unbedingten und absoluten Würde des einzelnen Menschen in allen Bereichen seines Lebens. Wir haben jetzt, wenige Jahre vor dem Ende dieses Jahrhunderts, die Chance zum Bau einer Friedensordnung, die sich auf die uneingeschränkte Achtung der Menschenrechte und des Völkerrechts gründet. ■

Pressestimmen

Schwierige Nahost-Reise

Manchmal kommt es weniger darauf an, was man macht, als darauf, wie man es macht. Dies gilt zumal in jener Region, die der Bundeskanzler zur Zeit bereist. Helmut Kohl hat sich erstaunlich gut darauf eingestellt. Instinktsicher bewegt er sich inmitten überbordender Sinnfälligkeit. Da schlägt er an symbolträchtigem Ort, auf einer Jordaninsel, an der Seite des jordanischen Monarchen und des israelischen Premiers in freier Rede und blumigen Worten einen Bogen von deutscher Hilfe beim Staudambau zum Wasser als Lebensquell und schließt mit einer universalen Friedensbotschaft. Es waren die richtigen Worte am richtigen Platz.

Und auch die zweite, ungleich größere Herausforderung hat der Kanzler bestanden: Er hat in Jerusalem den richtigen Ton getroffen.

Stuttgarter Zeitung, 6. 6. 95

Kluge Politik

Ein Besuch in Israel gehört zu den heikelsten Aufgaben, die sich einem deutschen Regierungschef stellen können.

Geschickt hat das Kanzleramt die Reiseroute austariert. Kohl besucht nur die Staaten, die schon Verträge mit Israel unterzeichnet haben, und dokumentiert auf diese Weise, daß Bonn nicht gedenkt, sich politisch in die Verhandlungen einzuschalten. Indem der Kanzler zuerst Ägypten und Jordanien bereiste, zeigt er den arabischen Ländern, daß die Bundesrepublik trotz des besonderen Verhältnisses zu Israel diese in ihrer Bedeutung keineswegs als nachrangig betrachtet.

Kölnische Rundschau, 6. 6. 95

Zukunft

„Es wäre schlimm, wenn wir vergessen würden. Es wäre aber auch schlimm, wenn wir uns nur erinnern würden und damit die Zukunft vergessen würden.“ Dieser Satz des Kanzlers entspricht auch den Interessen der israelischen Gastgeber. Die Beziehungen zwischen beiden Ländern werden wegen der Belastungen der Vergangenheit immer „besondere“ bleiben. Aber das heißt gerade nicht, daß sie sich auf die Vergangenheit beschränken dürfen.

Kölnischer Stadt-Anzeiger, 6. 6. 1995

Ereignis ersten Ranges

Das deutsch-israelische Verhältnis wird auf Grund des Holocaust immer mit einer schweren Hypothek der Unmenschlichkeit belastet sein. Kohl trug durch eine tiefe Verneigung vor den ermordeten sechs Millionen Juden dem Rechnung. Angesichts der Erinnerung an die unselige Vergangenheit war es ein politisches Ereignis ersten Ranges, daß der deutsche Regierungschef in Israel mit noch größerer Herzlichkeit empfangen wurde als zuvor in Ägypten und Jordanien.

Neue Osnabrücker Zeitung, 6. 6. 1995

★★★

Gefühle der Herzlichkeit prägten das Abendessen, das Ministerpräsident Rabin seinem deutschen Gast gegeben hatte. Abermals wichen Rabin und Kohl von ihren Redemanuskripten ab. Rabin würdigte den Kanzler als einen Mann, der zum Kampf gegen „extreme Fundamentalismen“ stehe. „In Ihrem Land spielen Sie eine zentrale Rolle beim Auslöschten von Neonazismus und Faschismus.“

FAZ, 8. 6. 1995

Die SPD in Bremen:

„Letztes Aufgebot“

Die Parteiführung ist desolat, die Fraktionsspitze nicht mehr handlungsfähig, der Bürgermeister „haut in'n Sack“. Und die Nachfolgediskussion, spätestens seit gestern zwischen Trauerspiel und Dick und Doof, ist auf Peinlichkeit programmiert. Die Liste der Kandidaten liest sich wie das allerletzte Aufgebot. Eine wandelnde Altlast Henning Scherf – ihm fallen erst jetzt „Zukunftskonzepte“ ein, die ihm fast zwei Jahrzehnte im Senat nicht in den Kopf gekommen sind; ein Hans-

Helmut Euler, der im Zuge des Klinik-Skandals um SPD-Genosse Aribert Galla seinen Hut im Rathaus nehmen mußte und nur den Platzvorteil hat, ein Kumpel von Klaus Wedemeier zu sein; ein Finanzsenator Manfred Fluß, der gerade im Amt, schon bewies, daß er mit dem Stadtwerke-Verkauf völlig überfordert ist. Der neue Koalitionspartner kann einem leid tun. Die SPD ist noch kaputter, als das Wahlergebnis aussagt.“

(Weser-Kurier, 24. 5. 1995)

Concord-Preis für Helmut Kohl

Für seine Verdienste um die deutsch-amerikanische Freundschaft ist Bundeskanzler Helmut Kohl in Krefeld mit dem „Concord“-Preis ausgezeichnet worden. „Die deutsch-amerikanische Freundschaft hat sich glänzend bewährt“, sagte Helmut Kohl nach Entgegennahme des mit 10.000 Mark dotierten Preises durch Krefelds Oberbürgermeister, Dieter Pützhofen (CDU). „Ohne den unermüdlichen Einsatz der USA . . . hätte unser Vaterland seine Einheit in Freiheit nicht wiedererlangt.“ Die von Krefelder Unternehmen ins Leben gerufene Auszeichnung wurde bislang fünfmal verliehen - an Karl Carstens, Yehudi Menuhin, Henry Kissinger, Dieter Kronzucker und Hans-Dietrich Genscher. Der Name der Gesellschaft „Concord“ erinnert an das Schiff, das 1683 die ersten deutschen Auswanderer nach Amerika brachte. Es waren 13 Familien aus Krefeld, die in ihrer neuen Heimat Philadelphia den Stadtteil Germantown gründeten.

Beihilfe für Landwirte wird nicht angetastet

Zu Meldungen über einen möglichen Abbau der Gasölbetriebsbeihilfe erklärt der agrarpolitische Sprecher der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Egon Susset: Es gibt keinen Plan in der CDU/CSU-Fraktion, die Steuerrückvergütung für Dieselmotoren in der Landwirtschaft abzuschaffen, weil diese maßgeblich zur Einkommenssicherung der deutschen Landwirte beiträgt und ihre Abschaffung einen gravierenden Wettbewerbsnachteil für die deutsche Landwirtschaft in Europa zur Folge hätte. Im übrigen ist die Steuerrückvergütung auch im Hinblick auf die geringere Nutzung öffentlicher Straßen durch landwirtschaftliche Fahrzeuge gerechtfertigt. Nicht zuletzt läßt die angespannte, durch die Währungsturbulenzen noch verschärfte Einkommenslage in vielen landwirtschaftlichen Betrieben eine weitere Beschneidung der Einkommen nicht zu.

Rot-Grün als Wortbruch:

Die Widersprüche von SPD und Grünen

Die SPD in Nordrhein-Westfalen hat mit ihrem Spitzenkandidaten Johannes Rau den Bürgerinnen und Bürgern im Wahlkampf verkündet, daß Koalitionen für sie kein Thema seien. Rau erklärte: „Ich will nicht kungeln, sondern regieren.“ (Focus, 22. 5. 1995) Über die Grünen urteilte der SPD-Spitzenmann im Wahlkampf: Er wolle sie nicht einmal ignorieren. (Kölnische Rundschau, 22. 5. 1995) Noch zwei Tage vor der Landtagswahl bekräftigte Rau: „Wenn mit ‚grün‘, dann ohne mich.“ (Bild, 13. 5. 1995) Der bisherige SPD-Umweltminister und neue Fraktionschef der SPD im Düsseldorfer Landtag, Klaus Matthiesen, sagte noch vor wenigen Monaten: „Rot-Grün wäre für dieses Industrieland ein großes Verhängnis. Mit uns ist das auch nicht zu machen.“ (Focus, 22. 5. 1995) Mit Rot-Grün, hatte Matthiesen früher verkündet, wäre NRW in „zwei Jahren finanziell kaputt.“ (Rheinische Post, 26. 5. 1995) „Mächtig ist die Ehrlichkeit“ – hieß die Überschrift einer Anzeigenkampagne der SPD in NRW. Jetzt verhandeln Johannes Rau und Matthiesen über eine rot-grüne Koalition.

Nach Ansicht der Grünen stand die SPD mit Johannes Rau für „Stillstand in NRW“. (Neue Rheinzeitung, 29. 4. 1995) Nach der Wahl fordert die Grünen-Spitze eine „Wende in der SPD“ in fast allen Fragen zugunsten grüner Positionen. (Deutschlandfunk, Informationen am Morgen, 17. 5. 1995) Die Bildungspolitiklerin Beate Scheffler, die wegen ihrer Kritik an der eigenen Partei von den Grünen nicht mehr für den Landtag nominiert

wurde und inzwischen aus der Partei ausgetreten ist, beschreibt die NRW-Grünen als einen „linksdogmatischen Landesverband mit realpolitischem Mäntelchen“. (Frankfurter Rundschau, 16. 5. 1995) – „Das kann nicht gutgehen“, urteilt der langjährige Fraktionsvorsitzende der SPD in NRW, Friedhelm Farthmann, „da prallen Welten aufeinander“. (Focus, 22. 5. 1995)

Was der SPD-Vorsitzende Scharping und sein Bundesgeschäftsführer Verheugen zum „Modell“ hochstilisieren wollen, enthält schon im Vorfeld ungläubliche Widersprüche. Die Versuche der Bundes-SPD, auf die SPD in NRW Einfluß zu nehmen, kommentiert der stellvertretende SPD-Vorsitzende Wolfgang Thierse mit den Worten: „Klugscheißernde Ratschläge“. (ARD-Tagesthemen, 21. 5. 1995)

Zentrale Positionen, mit denen SPD und Grüne in den vergangenen Monaten um Stimmen geworben haben, sind miteinander unvereinbar. Eine rot-grüne Koalition kann deshalb nur zustande kommen, wenn sowohl SPD als auch Grüne wichtige Wahlversprechen und Ankündigungen brechen. So oder so ist nichts Gutes zu erwarten. Die IG-Chemie und die IG-Bergbau warnen vor Rot-Grün. Die Folge wären „erhebliche Arbeitsplatzverluste“. (Welt am Sonntag, 22. 5. 1995) Auch die Wirtschaft in NRW befürchtet ein „Arbeitsplatzvernichtungsprogramm allerersten Ordnung“, wenn die ohnehin schwache Wirtschaftspolitik der SPD noch durch grüne Planspiele ergänzt wird. (Süddeutsche Zeitung, 20. 5. 1995) Der Präsident des Bundesverbandes der Deutschen Industrie (BDI), Hans-Olaf Henkel, der 1992

vom World Wide Fund for Nature (WWF) und der Zeitschrift Capital zum Ökomanager des Jahres gewählt wurde, beurteilt eine rot-grüne Politik als „Öko-Sozialismus“, der uns „selbst strangulieren“ würde und „Gift für die Sicherung der Arbeitsplätze“ wäre. (Bild, 26. 5. 1995) Die Bundestagsabgeordnete der Grünen, Marieluise Beck, gibt unumwunden zu: „Wenn es aber in der Summe zu einer radikalen, ökologischen Notwendigkeiten folgenden Umorientierung der Produktion käme, zum Beispiel zu einem Abschied von der massenhaften Automobilisierung, dann wäre die Wahrscheinlichkeit sehr groß, daß das unter dem Strich zu weniger Er-

werbsarbeitsplätzen führt.“ (Die Zeit, 25. 5. 1995)

In der Vergangenheit hat die SPD in NRW immer wieder Wahlprogramme vorgelegt, die neben haarsträubenden Linkspositionen auch Formulierungen enthielten, die sich mit Blick auf die Wähler in der bürgerlichen Mitte teilweise an CDU-Positionen anlehnten. Wie wenig sie davon auch in der Praxis umsetzte, – zumindest formal hielt die SPD an den beschriebenen Zielen fest. Jetzt wird sich zeigen, wieviel programmatische Substanz die Sozialdemokraten für den Preis des Machterhalts in einer rot-grünen Koalition über Bord werfen.

Die wichtigsten Widersprüche:

1. Steuern und Finanzen

SPD:

Die SPD steht aufgrund des überschuldeten Landeshaushalts mit dem Rücken zur Wand. Sie verspricht den Bürgern in ihrem Wahlprogramm „strikte Ausgabendisziplin“ (S. 27) und führt weiter aus: „Wir werden (. . .) dafür Sorge tragen, daß für das Land bzw. die Gemeinden keine zusätzlichen Belastungen entstehen.“ (S. 28) Die SPD will „die Ausgaben im Landeshaushalt weniger erhöhen als die Einnahmen“. (S. 28)

Grüne:

Die Grünen dagegen planen „Reformprojekte“ in einem Umfang von „rund 4,3 Milliarden Mark“. (Die Welt, 23. 5. 1995) Zu deren Finanzierung sehen die Grünen in ihrem Wahlprogramm unter anderem zusätzliche Steuern vor, etwa die „Einführung von Ökoabgaben“; die Grünen wollen dadurch „rund 1,2 Milliarden DM pro Jahr“ einnehmen (S. 69). Diese Rechnung nennt der SPD-Landesvorstand jedoch „abenteuerlich und utopisch“. (Die Welt, 22. 5. 1995)

2. Zukunftstechnologie

Die SPD will laut ihrem Wahlprogramm „die wirtschaftliche Nutzung neuer Technologien fördern“. (S. 6) Unter anderem spricht sich die SPD explizit für eine Förderung der „Bio- und Gentechnik“ aus, da diese „wachsende Bedeutung nicht nur für die chemische und pharmazeutische Industrie und das Gesundheitswesen“ gewinnen. (S. 6)

Die Grünen erklären dagegen in ihrem Wahlprogramm: „Wir wollen die Gentechnikförderung beenden. Landeszuschüsse für gentechnische Vorhaben (. . .) sind zu streichen.“ (S. 33)

3. Energiepolitik

Die SPD versichert ihren Wählerinnen und Wählern: „Braunkohle und heimische Steinkohle werden auch in Zukunft einen wichtigen Beitrag zur sicheren Energieversorgung der Bundesrepublik Deutschland leisten.“ (S. 12)

Die SPD hat vor der Landtagswahl die Genehmigung für den Braunkohletagebau Garzweiler II durchgesetzt. 9000 Arbeitsplätze stehen auf dem Spiel. In ihrem Wahlprogramm hat die SPD auch vor dem Hintergrund des massiven Widerstands der Grünen Standfestigkeit beteuert: „Um so wichtiger ist es, daß die Menschen und die Unternehmen in den Bergbauregionen endlich wieder eine klare Perspektive durch verlässliches Handeln bekommen.“ (S. 12)

Selbst der Parteilinke Christoph Zöpel, stellvertretender Landesvorsitzender der SPD in NRW, erklärt, die SPD sei „in dieser Frage nicht erpreßbar“. (Die Welt, 16. 5. 1995)

Die SPD in NRW spricht sich dafür aus, daß der „Benzinverbrauch von Fahrzeugen drastisch verringert“ wird. Die Mineralölsteuer wird nicht angetastet. (S. 16) Grundsätzlich erkennt die SPD an: „Wir wissen, daß das Auto häufig unverzichtbar ist.“ (S. 14)

Die Grünen fordern das Gegenteil: „Da der Steinkohlebergbau nicht zukunftsfähig ist, muß er innerhalb einer Generation, das heißt innerhalb von 20 Jahren, beendet werden.“ (S. 9)

Im Wahlprogramm der Grünen dagegen ist festgeschrieben: „Bündnis 90/Die Grünen lehnen Garzweiler II ab.“ (S. 26) Fraktions-Geschäftsführer Michael Vesper stellt fest: „Wir sind im Wahlkampf gegen das Projekt angetreten und gegenüber den Wählern jetzt in der Pflicht, das Wahnsinns-Vorhaben zu verhindern.“ (Bonner General-Anzeiger, 16. 5. 1995)

Grünen-Spitzenmann Vesper hält dagegen: „Hier wird die SPD sich schon eines Besseren besinnen.“ (ZDF-Morgenmagazin, 23. 5. 1995)

Die Grünen dagegen fordern „die regelmäßige Erhöhung der Mineralölsteuer“ (S. 29), – zunächst um 50 Pfennig, dann jedes Jahr plus 30 Pfennig, mit dem Ziel von 5 DM pro Liter Benzin. Ziel ist unter anderem die „Schaffung von autofreien Wohngebieten“. (S. 28)

4. Schule und Familie

Die SPD vertritt in ihrem Wahlprogramm das mehrgliedrige Schulsystem, - „ein differenziertes, vielfältiges Angebot, aus dem die Eltern die geeignete Schule für ihre Kinder wählen können“. (S. 8)

Die SPD spricht sich für Familien als Kern unserer Gesellschaft aus. Sie bedau-

Die Grünen erklären in ihrem Wahlprogramm dagegen: „Das Nebeneinander von Hauptschule, Realschule und Gymnasium sorgt für soziale Auslese und verhindert Chancengleichheit.“ (S. 45) Sie wollen Gesamtschulen „oder Verbundschulen“. (S. 45)

Für die Grünen gilt dagegen: „In Schule und Jugendarbeit muß über homosexuelle

ert ausdrücklich, daß Familien „im gesellschaftlichen Alltag und in der politischen Praxis nicht die Bedeutung“ genießen, „die sie haben müßten“. (S. 19)

Lebensweisen und andere Lebensformen außerhalb der traditionellen Paarfamilie gleichberechtigt aufgeklärt werden.“ (S. 22) Ein „Lesben- und Schwulenreferat innerhalb der Landesregierung“ soll dabei helfen. (S. 22)

5. Drogen und Kriminalität

Die SPD bekennt sich zur „Prävention“, „Hilfe“ und der „strafrechtlichen Verfolgung vor allem der Dealer“ bei der Bekämpfung der Drogensucht. (S. 21) Im Entwurf ihres Wahlprogrammes war die SPD noch deutlicher: Dort war noch explizit von „Repression“ die Rede. „Alle drei gehören zusammen und sind als Instrumente der Drogenpolitik unverzichtbar“, heißt es auch im offiziellen Wahlprogramm der SPD. (S. 21)

Die Grünen dagegen wollen vor allem Drogen-Freigabe: „Heroinabhängigen muß ein legaler Zugang zu sauberem Stoff und möglichst risikoarmen Konsumbedingungen ermöglicht werden, wenn sie mit Methadon- oder Clean-Therapien nicht erreicht sind. Cannabis ist unter Beachtung des Jugendschutzes und unter lebensmittelrechtlicher Überwachung freizugeben.“ (S. 18)

Die SPD erklärt sich zu einer harten Haltung gegenüber Straftätern bereit. Sie will „die stärkere Präsenz der Polizei in der Öffentlichkeit und die konsequente Verfolgung von sozialschädlichen Straftaten“. (S. 4 – Welche kriminellen Taten in den Augen der SPD angeblich „sozialunschädlich“ sind, verschweigt sie.)

Die Grünen vertreten in ihrem Wahlprogramm dagegen eine grundsätzlich andere Auffassung: Sie haben weniger die Straftäter als viel mehr die Polizei im Visier. Sie fordern „Polizeibeauftragte“, gegen „Mißstände in der Polizei und Übergriffe durch die Polizei“. Polizisten sollen sich durch Namensschilder ausweisen. (S. 53)

Grundsätzlich bekennt sich die SPD zum „Gewaltmonopol des Staates“ als „existenzielle Voraussetzung für die Sicherung von Bürgerfreiheit, von Demokratie und Rechtsstaatlichkeit“ (S. 23) und will mit verbesserter „Polizeiarbeit“ das „Sicherheitsgefühl der Bevölkerung“ stärken. (S. 4)

Zum Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung erklären die Grünen: „Vorhandene Möglichkeiten der Haftvermeidung sind vermehrt zu nutzen. [. . .] Der offene Vollzug muß als gesetzliche Regel weitaus stärker genutzt werden.“ (S. 53 f.)

Quellen:

SPD-„Regierungsprogramm 1995–2000. Nordrhein-Westfalen auf gutem Weg: Erneuerung aus eigener Kraft.“

Bündnis 90/Die Grünen: „Was wollen wir für NRW erreichen? Das Landtagswahlprogramm '95.“

Bildungsarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung

In ganz Deutschland: Foren, Fachtagungen, Seminare

1995 über 2000 Veranstaltungen

Der Konrad-Adenauer-Stiftung geht es vor allem um die Verständigung über die gesellschaftlichen und politischen Bedingungen freiheitlicher Politik. Deswegen verfügt sie in der Bundesrepublik heute u. a. über zahlreiche Bildungswerke und zwei Bildungszentren – das eine im Rheinland, das andere in Sachsen-Anhalt.

Diese werden im laufenden Jahr vermutlich über 2000 Veranstaltungen durchführen. Gedruckte Programme informieren über die konkreten Veranstaltungsorte, Veranstaltungsarten, Zielgruppen, Termine und Themen.

Soeben erschienen sind die Halbjahresprogramme 2/95 der beiden Bildungszentren.

Die Broschüren geben ab:

● Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Schloß Eichholz
Postfach 1331
50387 Wesseling
Fax: (0 22 36) 7 07-2 30

● Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.
Bildungszentrum Wendgräben
Postfach 16
39279 Loburg
Fax: (03 92 45) 27 85

Im Sinne der Verbraucher

Als ein positives und vernünftiges Signal hat die CSU-Europaabgeordnete und Vizepräsidentin des Europäischen Parlamentes, Ursula Schleicher, die Ablehnung des Vorschlages durch den EU-Ministerrat – aufgrund der Bedenken Deutschlands, Österreichs, Schwedens, Dänemarks und Griechenlands – gewertet. Eine eingeschränkte Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel findet nicht statt.

„Es ist sehr erfreulich, daß sich die Position des Parlaments, das eine umfassende Kennzeichnung von gentechnisch veränderten Lebensmitteln in der ersten Lesung der Richtlinie gefordert hat, auch im Mini-

sterrat durchsetzen konnte. Die Kommission ist jetzt aufgefordert, auf Grundlage der Vorschläge des Parlaments eine neue und vernünftige Regelung zur Kennzeichnung von ‚Novel Food‘ vorzuschlagen“. Der ursprüngliche Kommissionsvorschlag war hinsichtlich der Kennzeichnung unzureichend. Insbesondere der Vorschlag, bei landwirtschaftlich veränderten Lebensmitteln eine Ausnahme von der Kennzeichnungspflicht zu machen, stieß auf Widerstand. Da die vorliegenden unzureichenden Vorschläge im Rat nicht angenommen wurden, besteht nun die Möglichkeit, eine gute und vernünftige Regelung für die Kennzeichnung gentechnisch veränderter Lebensmittel zu finden.

Horst Seehofer

Statistik zur Sozialhilfe unterstreicht Reformbedarf

Zu den vom Statistischen Bundesamt vorgelegten Zahlen über die Entwicklung der Sozialhilfeempfänger am Jahresende 1993 erklärt Bundesgesundheitsminister Horst Seehofer u. a.:

„Der erneute Anstieg der Zahl der Sozialhilfeempfänger zeigt, wie notwendig eine Reform der Sozialhilfe ist, auch wenn sich der Anstieg gegenüber dem Vorjahr deutlich abgeschwächt hat.“ Ende 1993 erhielten 2,45 Millionen Menschen laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. „Wir brauchen die Reform des Sozialhilfrechtes zur Stabilisierung dieses sozialen Auffangnetzes. Ziel ist es, Sozialhilfe zu vermeiden und Wirtschaftlichkeitsreserven im System zu mobilisieren. Zur Vermeidung von Sozialhilfe hat die Bundesregierung mit den vorgesehenen Maßnahmen zur Verbesserung des Familienleistungsausgleiches und zur steuerlichen Freistellung des Existenzminimums sowie mit einem Zweimilliardenprogramm zur Wiedereingliederung Langzeitarbeitsloser wichtige Weichen gestellt. Hinzu kommt die Einführung der Pflegeversicherung.

Oberstes Ziel der Reform ist die Wiedereingliederung arbeitsloser Sozialhilfeempfänger in den Arbeitsmarkt. Bei etwa einem Drittel der Sozialhilfebezieher-Haushalte ist Arbeitslosigkeit die Hauptursache des Hilfebezugs. Es gibt ca. 400.000 – 500.000 arbeitsfähige Sozialhilfeempfänger. Ihre Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt ist dort erfolgreich, wo Sozialhilfe- und Arbeitsverwaltung zusammenarbeiten. Diese Zusammenarbeit muß verstärkt und verbreitert werden. Viele Kommunen gehen in vorbildlicher Weise im Zusammenwirken mit Arbeitgeberverbän-

den und Gewerkschaften bei der Vermittlung von Sozialhilfeempfängern bereits neue Wege. Diese freiwilligen Hilfsinstrumente sollen jetzt eine gesetzliche Basis erhalten und dadurch verstärkt werden.

Wesentliche Neuregelungen dazu sind:

- Die Arbeitsaufnahme von schwer vermittelbaren Sozialhilfeempfängern soll künftig durch befristete Lohnkosten- und Einarbeitungszuschüsse an Arbeitgeber, durch die Möglichkeit von Leiharbeit, berufliche Qualifizierung sowie die Teilnahme an Arbeitsförderungsmaßnahmen unterstützt werden. Die Maßnahmen kann der Sozialhilfeträger selbst durchführen oder damit das Arbeitsamt beauftragen.
- Der Arbeitsanreiz für Sozialhilfeempfänger soll durch höhere Freibeträge bzw. Zuschüsse, die auf sechs Monate befristet und degressiv gestaltet werden, verbessert werden.

Durch eine Begrenzung der Ausgabensteigerung müssen Wirtschaftlichkeitsreserven stärker als bisher genutzt werden. Die über zweijährigen Erfahrungen mit dem Gesundheitsstrukturgesetz in bezug auf die Krankenhäuser zeigen, daß dies ohne Qualitätseinbußen möglich ist. Deshalb sollen die Pflegesätze der Sozialhilfe im Einrichtungsbereich für eine Übergangszeit von drei Jahren auf den allgemeinen wirtschaftlichen Zuwachs begrenzt werden. Damit in Zukunft Wettbewerb und Preisvergleiche ermöglicht werden, sind vergleichbare Leistungskomplexe zu entwickeln. Dafür wird der Praxis ein Vorlauf von drei Jahren eingeräumt. Ab 1999 soll die Vergütung durch Pauschalen für Leistungskomplexe erfolgen.“

Joachim Hörster:

Wir haben Wort gehalten

22 Milliarden DM Steuerentlastung

Die Union hält Wort: Schon ein halbes Jahr nach der Regierungserklärung zur 13. Wahlperiode haben wir unsere Zusage, die Steuerlast der Bürger schrittweise zu senken, eingelöst. Durch das „Jahressteuergesetz 1996“, am Freitag, 2. Juni 1995, im Deutschen Bundestag verabschiedet, werden im kommenden Jahr insgesamt 22 Milliarden Mark Steuerentlastungen wirksam.

Besonders entlastet werden Familien mit Kindern und die Bezieher geringer Einkommen. So wird zum Beispiel ein verheirateter Facharbeiter mit drei Kindern und einem Monatsverdienst von 4.700 DM brutto um über 200 Mark monatlich entlastet.

Die Steuerentlastung wirkt sich folgendermaßen aus:

- Das steuerfreie Existenzminimum von 12.000 DM für Ledige (Verheiratete 24.000 DM) wird in den Steuertarif eingearbeitet. Besonders wirksam entlastet werden dabei die niedrigen Einkommen.

- Familien mit Kindern erhalten ab 1996 für das erste und zweite Kind je 200 DM, für das dritte Kind 300 DM und ab dem vierten Kind 350 DM. Das Kindergeld wird von den Arbeitgebern ausbezahlt. Die Familien können wählen zwischen einem direkt ausgezahlten Kindergeld und einem steuerlichen Freibetrag. Die bisherige Kombination von Kindergeld plus steuerlicher Freibetrag entfällt.

Das Jahressteuergesetz 1996 ist ein erster, wirkungsvoller Schritt zur Entlastung der Bürger von Steuern und Abgaben. Wir ha-

ben uns fest vorgenommen, die Staatsquote, den von allen staatlichen Institutionen verbrauchten Teil des Bruttosozialprodukts, in den nächsten Jahren von jetzt 50 Prozent auf den Wert vor der deutschen Wiedervereinigung (46 Prozent) zu senken. Wir werden weiterhin strengste Haushaltsdisziplin üben, den Staat insgesamt „schlanker“ machen sowie Bürger und Unternehmen steuerlich entlasten.

Das Jahressteuergesetz 1996 wurde im Deutschen Bundestag am Freitag, 2. 6. 95, gegen die Stimmen von SPD, Bündnis 90/Die Grünen und PDS verabschiedet. Der Bundesrat, der das Gesetz gleichzeitig im ersten Durchgang behandelte, wird voraussichtlich am 23. Juni den Vermittlungsausschuß anrufen.

Die steuerliche Entlastung auch der Unternehmen bleibt auf der Tagesordnung. Der erste Versuch der Union, die Gewerbesteuer auf Kapital ganz abzuschaffen und die Gewerbesteuer auf Ertrag mittelstandsfreundlich zu senken, ist an der Weigerung der SPD gescheitert, der von den Ausfällen bei dieser Steuerart betroffenen Städten und Gemeinden einen grundgesetzlich verbrieften Anteil an der Mehrwertsteuer zu überlassen. Diese Blockadepolitik der SPD ist kaum zu verstehen. Wenn die SPD ihre Mehrheit im Bundesrat für eine Blockadepolitik gegen Familien mit Kindern und Geringverdienende einsetzt, kann die SPD das Wort „Solidarität“ gestrichen aus ihrem politischen Wortschatz streichen. ■

Die SPD im Steuerstreit

Im Wahlkampfjahr 1994 hat der SPD-Vorsitzende Rudolf Scharping eine vielbeachtete Bauchlandung beim Versuch hingelegt, seine finanzpolitische Kompetenz zu beweisen: Scharping konnte brutto und netto nicht auseinanderhalten.

Nach der verlorenen Bundestagswahl erhält der SPD-Vorsitzende jetzt Nachhilfestunden von den SPD-Ministerpräsidenten Heide Simonis aus Schleswig-Holstein und Gerhard Schröder aus Niedersachsen. Gerhard Schröder kritisiert die von Scharping verantworteten Steuerpläne der SPD als „unfinanzierbare Wohltaten“. U.a. attackiert Schröder die Pläne der SPD zur Erhöhung der Mineralölsteuer und zur Senkung der km-Pauschale: „Das trifft die Pendler, und das trifft die Automobilindustrie – und da kann man mit meiner Zustimmung nicht rechnen“. (**Neue Osnabrücker Zeitung, 17. 5. 1995**) Schröder erklärt, daß sein Land den SPD-Plänen im Bundesrat die Stimmen versagen werde. Beim Thema Sozialhilfe stellt sich der SPD-Ministerpräsident gegen Scharping und auf die Seite der CDU: „Sozialhilfempfänger, die dazu in der Lage sind, sollten eine zumutbare Arbeit leisten können. Wird eine zumutbare Arbeit ohne einsichtige Gründe abgelehnt, muß der Staat darauf reagieren können.“ (**Bild, 8. 5. 1995**)

Schröders Gesamturteil: Die SPD-Finanzpolitiker würden „sich im Fordern von Leistungen überbieten, ohne zu sagen, wie diese finanziert werden sollen.“ (**Frankfurter Neue Presse, 5. 5. 1995**) Schröder weiß, wovon er spricht, hat er doch in Niedersachsen einen Schuldenberg aufgehäuft, der das Land an den Rand der völligen politischen Lähmung geführt hat.

Mit bisher unbekannter Deutlichkeit hat auch die SPD-Ministerpräsidentin Heide Simonis die Steuerpläne der Bundes-SPD als unhaltbar bloßgestellt. Für Simonis sind die Vorstellungen Scharpings bloß „fromme politische Wünsche“. (**Stuttgarter Zeitung, 26. 5. 1995**) In der Klausurtagung des SPD-Vorstandes nach der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen wurde die SPD-Ministerpräsidentin deutlich. Zur gebetsmühlenhaft wiederholten Forderung Scharpings nach einem einheitlichen Kindergeld von 250 Mark pro Kind und einer Anhebung des Existenzminimums von 13.000 Mark für Ledige bzw. 26.000 Mark für Verheiratete erklärte Heide Simonis, „man solle doch aufhören, den Leuten zuviel zu versprechen. Viel mehr als 200 Mark pro Kind“ - wie die CDU es plant – „könne auch die SPD nicht finanzieren. Und die Marke von 13.000/26.000 Mark zu erreichen, werde „ausgesprochen schwierig“. (**Süddeutsche Zeitung, 24. 5. 1995**)

Heide Simonis (SPD):

„Wir haben uns verrechnet und sollten das zugeben.“

Was Scharping und die Bundes-SPD bislang immer bestritten hatten, bestätigt die SPD-Ministerpräsidentin jetzt öffentlich. Im Konzept der SPD-Steuerreform klafft laut Heide Simonis „eine Deckungslücke von 23 Milliarden Mark“. (**Stuttgarter Zeitung, 26. 5. 1995**) Heide Simonis wörtlich an die Adresse der SPD: „Wir haben uns verrechnet und sollten das zugeben.“ (**Stuttgarter Zeitung, 26. 5. 1995**)

CDU (Ost) und DBD überprüft

Altvermögen für gemeinnützige Zwecke in den neuen Bundesländern

Fünf Jahre nach dem Sturz des SED-Regimes hat die Unabhängige Kommission (UKPV) die Überprüfung des Altvermögens der ehemaligen Ost-CDU und der Demokratischen Bauernpartei Deutschlands (DBD) abgeschlossen. CDU und DBD hatten nach der Wende fusioniert. Die vereinigte CDU hatte im November 1990 auf das Vermögen beider Parteien auf Bundes- und Landesebene verzichtet. Der Vorsitzende der Unabhängigen Kommission Prof. Dr. Hans-Jürgen Papier erklärte in Berlin auf einer Pressekonferenz folgendes:

Aufgrund des Prüfungsergebnisses steht nunmehr fest, daß das unter treuhänderischer Verwaltung stehende Altvermögen der beiden Parteien in Erfüllung der gesetzlichen Bestimmungen in absehbarer Zeit uneingeschränkt für gemeinnützige Zwecke, insbesondere der wirtschaftlichen Umstrukturierung, in den neuen Bundesländern zur Verfügung steht, soweit es nicht an früher Berechtigte oder deren Rechtsnachfolger zurückzuführen ist. Mit Erklärungen vom November 1990 hatte die CDU auf Bundes- und Landesebene (in den neuen Ländern) notariell den unwiderruflichen Verzicht auf die Wiederzurverfügungstellung von Vermögenswerten der CDU der DDR und der DBD, die der gesetzlich angeordneten treuhänderischen Verwaltung unterliegen, erklärt; die CDU hatte damit frühzeitig die Möglichkeit zur Restitution und zur Verwendung zu gemeinnützigen Zwecken in den neuen Ländern nach Abschluß der erforderlichen Prüfungen ermöglicht.

Die der Feststellung des Altvermögens zum 7. Oktober 1989 und sich anschlie-

ßender Vermögensveränderungen dienenden Prüfungen hat die Unabhängige Kommission ihrem gesetzlichen Auftrag entsprechend unter Mitwirkung der CDU durchgeführt. Nach dem Ergebnis dieser abschließenden Prüfung ist das gesamte gegenständliche Altvermögen von CDU und DBD bekannt und von der treuhänderischen Verwaltung erfaßt. Dies gilt insbesondere für das Anlagevermögen beider Parteien sowie für die gewerblichen Beteiligungen der CDU der DDR – die DBD besaß keine gewerblichen Beteiligungen.

Die Prüfung des Altvermögens im Bereich der flüssigen Mittel (Bar- und Bankguthaben) ergab keine im Widerspruch zu Beschlüssen der Unabhängigen Kommission stehenden Verwendungen dieses Vermögens durch die CDU. Zwar hat die CDU zum 1. Oktober 1990 – dem Zeitpunkt der Verschmelzung mit den Parteigliederungen von CDU der DDR und DBD – Geldbestände der DBD und der CDU der DDR übernommen. Die Unabhängige Kommission konnte aber feststellen, daß die übernommenen flüssigen Mittel überwiegend aus Zuweisungen aus dem Staatshaushalt der DDR an die CDU der DDR und die DBD nach dem 7. Oktober 1989 stammten, die als Neuvermögen nicht der treuhänderischen Verwaltung unterlagen. Soweit jedoch die CDU im Bereich der flüssigen Mittel zum 1. Oktober 1990 auch Altvermögen der Blockparteien übernommen hatte, hat sie dieses in der Folgezeit für die zulässige Tilgung von Sozialplanlasten zugunsten früherer Mitarbeiter der DBD und CDU der DDR vollständig ausgegeben. Dabei hat die Unabhängige Kommission nicht die von der CDU

Bundesbauminister Töpfer will Vermieter und Mieter unterstützen

Info-Kampagne zum Mietenüberleitungsgesetz startet mit Bürgertelefon

Bereits wenige Tage nach Verabschiedung des Mietenüberleitungsgesetzes (Ost) hat Bundesbauminister Klaus Töpfer eine Informationskampagne vorgestellt. Durch sie sollen Vermieter und Mieter noch vor Inkrafttreten der ersten Mietenerhöhungen am 1. August 1995 über ihre Rechte informiert werden.

Unter anderem können sich ab dem 1. Juli 1995 alle Betroffenen über ein Bürgertelefon Rat bei Experten des Bundesbauministeriums holen. Bis zum 31. Oktober 1995 soll ihnen dort bei individuellen Problemfällen geholfen werden.

Ein Mieterbrief des Ministers wird Ende Juni an rund vier Millionen Haushalte verteilt. Im gleichen Zeitraum werden Informationsbroschüren erscheinen.

Schließlich werden Minister Töpfer und die Staatssekretärin im Bundesbauministerium, Christa Thoben, an öffentlichen Foren mit Mietern und Vermietern teilnehmen. Unter ande-

rem werden sie sich am 9. Juni in Berlin sowie am 7. Juli in Leipzig und am 13. Juli 1995 in Rostock den Fragen von Vermietern oder Mietern stellen.

Zusätzlich sind in 40 Städten Infomobile unterwegs, in den Landeshauptstädten sollen Beratungsstellen für Bürger eingerichtet werden.

Antworten auf die häufigsten Fragen und Probleme faßt die Broschüre „Fragen und Antworten“ zusammen, die im September erscheinen soll.

Bundesbauminister Klaus Töpfer betonte, Ziel der Kampagne sei es, den Menschen in den neuen Ländern den differenzierten Gesetzestext zu vermitteln. Das Mietenüberleitungsgesetz sei sozial verträglich und ökonomisch sinnvoll, das Mietrecht werde sozial ausgewogen weiterentwickelt, das Wohngeld für die neuen Länder verbessert, gleichzeitig erhielten Vermieter den erforderlichen Spielraum für dringend notwendige Renovierungs- und Sanierungsarbeiten.

tatsächlich geleisteten Beträge, sondern lediglich die Leistungen anerkannt, die der „Gemeinsamen Erklärung von Treuhandanstalt, DGB und DAG“ zu Sozialplänen ehemals volkseigener Betriebe entsprechen.

Auch mit Blick auf die Verteilung der SED-Millionen zeigte sich Hammerstein

zuversichtlich, daß nach der Klärung der Steuerfrage nun auch der Streit um dieses Vermögen beigelegt wird. Er hoffe, daß die PDS und die Kommission noch bis zum Juni einen Vergleich abschließen, der den Weg für die Auszahlung der SED-Millionen freimache.

Rechtsorientierte/fremdenfeindliche Straftaten weiter rückläufig

Eggert: Hohe Aufklärungsquoten durch hohen Verfolgungsdruck

Im Freistaat Sachsen geht die Zahl rechter Gewalttaten und fremdenfeindlicher Straftaten weiter zurück und hat gegenwärtig den niedrigsten Stand seit der Wende erreicht. Das geht aus der vom sächsischen Landeskriminalamt (LKA) erstellten Dokumentation „Rechtsorientierte/fremdenfeindliche Straftaten im Freistaat Sachsen 1994“ hervor, die der sächsische Innenminister Heinz Eggert (CDU) in Dresden vorstellte.

Danach reduzierte sich die Zahl fremdenfeindlicher Straftaten im Vergleich zum Vorjahr um 15,2 Prozent von 79 auf 67 Delikte. Sachsen liegt damit inzwischen an drittletzter Stelle aller Bundesländer. Rückläufig sind auch die Gewaltstraftaten in diesem Bereich. Die Zahl der Landfriedensbrüche, Brandanschläge, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen ging um 31,2 Prozent auf 64 Straftaten zurück.

Innenminister Eggert wertete diese positive Bilanz vor allem als Ausdruck der professionellen Arbeitsweise der Staatsschutzdienststellen der Polizei im Freistaat sowie der Sonderkommission Rechtsextremismus (Soko REX) des LKA, die mit „hohem Verfolgungsdruck gearbeitet und hohe Aufklärungsquoten erzielt“ hätten. „Die rechte Szene hat inzwischen begriffen, was es bedeutet, wenn die Soko REX ermittelt.“ Nach den Worten Eggerts hat aber auch „die Sensibilisierung der Bevölkerung gegen den Rechtsextremismus durch ein breites Spektrum von Präventionsmaßnahmen“ zu diesem Erfolg beigetragen.

Daß die nach wie vor bestehende Bedrohung nicht unterschätzt werden darf, und es keinen Grund zur Entwarnung gebe, sieht Eggert in der Zunahme sogenannter „Propagandadelikte“, wie die Verbreitung rechtsextremistischer Hetzschriften, neonazistischer Parolen, volksverhetzender Pamphlete und Hakenkreuzschmierereien bestätigt, die gegenüber dem Vorjahr von 300 auf 569 Delikte angestiegen seien.

Der sächsische Innenminister schränkte diese „beunruhigende Tendenz“ allerdings insofern ein, als daß ein Teil dieses Anstiegs auf das wachsende Anzeigeverhalten der Bevölkerung zurückgehe. So gebe inzwischen eine wachsende Zahl aufmerksamer Bürger der Polizei Hinweise auf Straftaten und tatverdächtige Straftäter, unterstütze dadurch die Arbeit der Polizei wesentlich und trage somit zur schnelleren Sachaufklärung bei.

Von insgesamt 736 polizeilich registrierten rechtsorientierten Straftaten im Freistaat Sachsen wurden 42 Prozent von den Staatsschutzdienststellen der Polizei aufgeklärt. 723 Tatverdächtige wurden ermittelt, 82 Prozent mehr als im Jahre 1993.

Nach Angaben Eggerts habe allein die Soko REX in 85 bearbeiteten Fallkomplexen 379 von insgesamt 723 Tatverdächtigen ermittelt, was einer Aufklärungsquote von 90,6 Prozent entspreche. „Ein Ergebnis, das in diesem Deliktsbereich in der Bundesrepublik einmalig ist“, betonte Eggert.

Als „erschreckende Entwicklung“ wertete der Minister jedoch die Tatsache, daß Jugendliche zwischen 14 und 18 Jahren mit 36,5 Prozent (264) den größten Anteil an

den 723 Tatverdächtigen, gefolgt von den Heranwachsenden mit 35,3 Prozent (255), stellen. „Diese Entwicklung zeigt, daß mit polizeilicher Repression allein sich langfristig Gewalt und Kriminalität nicht verhüten lassen.“ Eggert mahnte deshalb eine ursachenorientierte Kriminalitätsvorbeugung im umfassenden Sinne an. Sie müsse als Gemeinschaftsaufgabe dort ansetzen, wo Gewalt und Kriminalität entstünden. „Das heißt: vor Ort, in den Städten und Gemeinden. Die Altersstruktur der Täter fordert deshalb ein intensives präventives Handeln aller gesellschaftlichen Kräfte geradezu heraus“, betonte der Innenminister.

Im Vergleich der Jahre 1991 bis 1994 stellte der Minister fest, daß der Anteil der „Mitläufer“ stark gesunken sei. „Dies ist unter anderem darin begründet, daß sich Tatverdächtige und spätere Beschuldigte in zunehmenden Maße zu ihrer rechtsgerichteten Einstellung bekennen.“ In der Organisiertheit der Tatverdächtigen seien eindeutige Trends nicht festzustellen.

Die Gefährlichkeit des Handelns hat nach Angaben der Dokumentation zugenommen. Als Tatmittel kommen nicht nur

Baseballschläger, Eisenstangen und Messer zum Einsatz, sondern auch Gas- und Schreckschußwaffen.

Zur Bilanz 1991 – 1994

Straftaten mit fremdenfeindlichen Motivationen gingen in den letzten Jahren kontinuierlich zurück. Waren es 1992 noch 287 fremdenfeindliche Straftaten, so registrierte das LKA im zurückliegenden Jahr 67 Übergriffe gegen Fremde. Dieser Rückgang hält auch in diesem Jahr weiterhin an, denn im ersten Quartal wurden „nur“ 14 fremdenfeindliche Straftaten registriert.

Brandanschläge waren im Freistaat im Jahr 1991 mit 32 Fällen und im darauffolgenden Jahr mit 57 Fällen regelmäßig in den Schlagzeilen der Medien. Die sächsische Polizei hat deshalb ein Bekämpfungskonzept entwickelt, das vor allem eine konsequente Strafverfolgung vorsieht. Nach dem negativen Höhepunkt im Jahr 1992 gingen Brandanschläge im darauffolgenden Jahr auf zehn Fälle zurück. Im Jahre 1994 waren es noch vier. Im ersten Quartal des Jahres 1995 wurde noch kein Brandanschlag registriert.

Maßgeblich hat zu dieser Aufklärungsquote und dem Rückgang fremdenfeindlicher Straftaten die Soko REX des LKA beigetragen.

Soko REX, das heißt in den letzten vier Jahren:

- 101 Einsätze mit bis zu 700 Kräften durchgeführt,
- 268 rechtsorientierte und fremdenfeindliche Fallkomplexe bearbeitet,
- 1618 Tatverdächtige ermittelt,
- 923 Wohnungsdurchsuchungen durchgeführt,
- 207 Haftbefehle erwirkt.

Schritt in die richtige Richtung

Mit dem 17. BAFÖG-Änderungsgesetz haben am Freitag, 2. Juni 1995, im Deutschen Bundestag Koalitionsfraktionen und Bundesregierung einen weiteren Schritt zur sozialen Absicherung Studierender aus einkommensschwachen Familien gesetzt.

1995 werden neben der Höhe der Sozialpauschalen die Bedarfssätze um vier Prozent erhöht. Eine weitere Steigerung der Bezüge war jedoch bei der augenblicklichen Haushaltslage nicht möglich. Die jetzt vorgesehene Maßnahme erfordert bereits einen Aufwand des Bundes von 96,4 Mio. DM und der Länder von 51,8 Mio. DM für das Jahr 1995.

Darüber hinaus soll ab dem zweiten Semester ein sogenannter Studienstandsnachweis eingeführt werden aus dem ersichtlich ist, daß der Studierende das Studium entsprechend seiner Begabung aufgenommen hat und auf dem richtigen Weg ist. Es handelt sich dabei nicht um einen Leistungsnachweis, wie er nach dem 4. Semester laut § 48 BAFÖG vorgeschrieben ist, sondern entspricht einem Beschluß der Hochschulrektorenkonferenz.

Leider war es nicht möglich, mit der Opposition zu einer gemeinsamen Initiative zu kommen. Besonders die SPD brachte es in der Frage der prozentualen Erhöhung und des Studienstandsnachweises nicht

fertig, über ihren ideologischen Schatten zu springen. Sie bietet nichts als Polemik und reitet ihre ideologischen Steckenpferde, was im Interesse aller Studierenden zu bedauern ist. Sollte durch eine weitere Verzögerung in einem möglichen Vermittlungsverfahren zwischen Bundesrat und Bundestag der Termin für die Erhöhung im Herbst versäumt werden, so weiß jeder, wer dafür verantwortlich zu machen ist, stellt MdB Christian Lenzer fest.

Der Regierungsentwurf sieht einen Förderungshöchstsatz für Studierende von zukünftig 990 DM monatlich vor. Im Jahressteuergesetz ist ein Erstkindergeld von 200 DM geplant. Das macht insgesamt 1.190 DM monatlich. Nach dem Vorbericht zur 14. Sozialerhebung verfügen in den alten Ländern 50 Prozent der Studierenden über monatliche Einnahmen, die unter 1.246 DM liegen. Gleichzeitig wissen wir, daß die durchschnittlichen monatlichen Gesamtausgaben zur Deckung des Bedarfs eines Normalstudenten 1.160 DM betragen. Das heißt doch mit anderen Worten, daß der Förderungshöchstsatz einschließlich Kindergeld in etwa der Summe entspricht, über die die Hälfte der Studenten monatlich verfügt. Und das heißt vor allem: über dem ermittelten Bedarf. Ich halte deshalb die vorgesehene Anhebung der Bedarfssätze, Freibeträge und Sozialpauschalen für angemessen, erklärte Bundesminister Jürgen Rüttgers.

Personalie

Der Bundesvorstand der Mittelstands- und Wirtschaftsvereinigung der CDU/CSU hat Dr. Werner Baumgärtner zum neuen Vorsitzenden der Kommission Gesundheitspolitik in Bonn berufen. Er löst den bisherigen Vorsitzenden Dr. Karl Becker, langjähriges Mitglied des Deutschen Bun-

destages, in dieser Funktion ab. Dr. Becker leitete die MIT-Kommission (18 Jahre lang). Die Kommission Gesundheitspolitik hat die Aufgabe, den Bundesvorstand in allen Fragen der Gesundheitspolitik zu beraten.

„50 Jahre jung – das CDU-Sommerfest“

Sommerzeit ist Reisezeit. Doch nicht alle verreisen und zur gleichen Zeit. Die Daheimgebliebenen freuen sich über attraktive Freizeitangebote vor der Haustür und von ihrer CDU. Somit ist auch im Sommer CDU-Zeit.

Unter dem Motto „CDU – 50 Jahre jung“ lassen sich vielfältige Freizeitangebote durchführen, zum Beispiel Radtouren, Grill- und Gartenpartys, Straßen- und Nachbarschaftstreffs oder auch das „Jubiläums-Sommerfest“.

Das Sommerfest sollte als Generationenfest angelegt werden. Alt und Jung feiern „50 Jahre CDU“. Dabei diskutieren sie über die zurückliegenden 50 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland und in der Gemeinde und blicken in die Zukunft.

Folgende Programmanregungen können sowohl als Gesamtprogramm wie auch als Einzelbausteine umgesetzt werden:

- Talkrunde mit Zeitzeugen (CDU-Mitglieder; kommunale Persönlichkeiten aus Vereinen und Verbänden) über die vergangenen 50 Jahre in der Bundesrepublik Deutschland (Wiederaufbau, Soziale Marktwirtschaft, Rentenreform, Deutsche Einheit) und die Lebensbedingungen in der Gemeinde.
- Talkrunde mit Jugendlichen und jungen Frauen über ihre Erwartungen an die Politik der nächsten Jahre.
- Talkrunde mit Eltern über die Veränderungen in der Familien- und Bildungspolitik und ihre Erwartungen an die Politik der kommenden Jahre.
- Talkrunde mit Arbeitnehmern und Unternehmern über die Veränderung der Ar-

beitswelt zwischen 1945 – 1995 – 2045 und die Erwartungen an die Politik.

Die Moderation der Talkrunden sollte ein – zumindest lokal bekannter – Journalist oder Entertainer übernehmen, der sowohl im Politik- wie im Unterhaltungsteil fit ist und der CDU nicht gerade ablehnend gegenübersteht.

Das Unterhaltungsprogramm kann so aussehen:

- Band spielt vor, zwischen und nach den Talkrunden.
- Diskothek: Die Jahreshits von 1945 bis 1995.
- Vorführung einer Kindertanz- oder -sportgruppe.
- Rahmenprogramm: Kaffee und Kuchen, kalte Getränke.
- Aktionswand: Das wichtigste nationale politische Ereignis der vergangenen 50 Jahre, die Gäste schreiben auf.
- Kinderprogramm: Aktionsclown, Pantomime, Zauberer.
- Spiel- und Spaßaktionen (Eierlaufen, Büchsenwerfen, Sackhüpfen, Drachenvliegen, Ponyreiten):
- Kinder-„Garten“: Jedes Kind erhält einen Blumentopf, Erde und Samen, um eine Blume seiner Wahl zu säen und das Wachstum der Pflanze zu beobachten.
- T-Shirt-Malaktion: Jedes Kind kann ein T-Shirt nach seiner Wahl bunt bemalen. Dazu werden benötigt:
 - eine ausreichende Anzahl von T-Shirts mit CDU-Logo,



▲ **CDU-Wasserball**

Bestell-Nr.: 9778

Verpackungseinheit: 25 Expl.

Preis je 25 Expl.: 37,50 DM

- Textilfarben (schnell trocknend),
- Tapeziertische als Unterlage,
- Wasser, Seife, Handtücher,
- Lackfolie als Dekorationsmaterial.

Neben der Malerei für die Kinder hat diese Aktion den Charme, daß mit einem Minimum an Aufwand und Kosten ein Maximum an Sympathiewerbung für die CDU erzielt wird. Denn die Kinder wollen ihre T-Shirts mit dem CDU-Logo schon auf dem Heimweg tragen.

Veranstaltungsort:

Festzelt mit Kaffeehaus-Bestuhlung (Tische mit max. sechs Stühlen), eigenes Zelt und Freiflächen für Kinderaktionen.

Sommerzeit ist CDU-Zeit. Unterbreiten Sie mit Ihren Sommeraktivitäten den Heim-Urlaubern ein interessantes Angebot!



▲ **Kinder-T-Shirt für Mal-Aktionen**

Bestell-Nr.: 9939 Größe 140

Bestell-Nr.: 9940 Größe 164

Preis je Shirt: 9,- DM

50 Jahre CDU



VHS-Video „50 Jahre CDU“

(Lieferbar ab Mitte Juni)

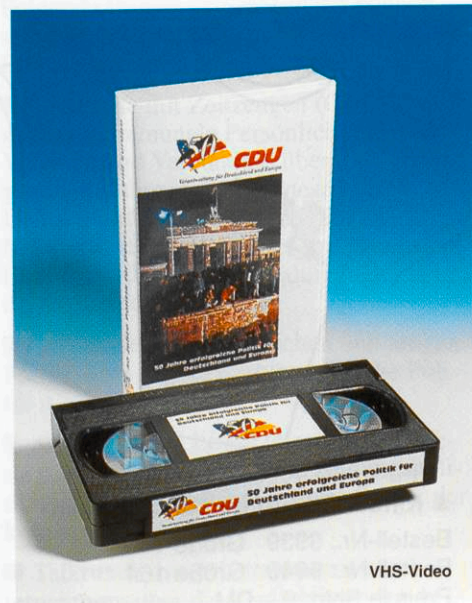
Der ca. 30minütige Film schlägt einen zeitgeschichtlichen Bogen von der Gründung der Bundesrepublik über das Heute bis weit in die Zukunft. In dem Film werden zum Teil noch unveröffentlichte Dokumente, Originalbilder und Töne aus der Geschichte der CDU mit den geschichtlichen Abschnitten in Verbindung gebracht. Begleitet von vielen Zeitzeugen wird so die Chronologie der letzten 50 Jahre aufgebaut.

Dieser Film ist ein Muß für jede CDU-Veranstaltung im Rahmen der 50-Jahr-Feiern

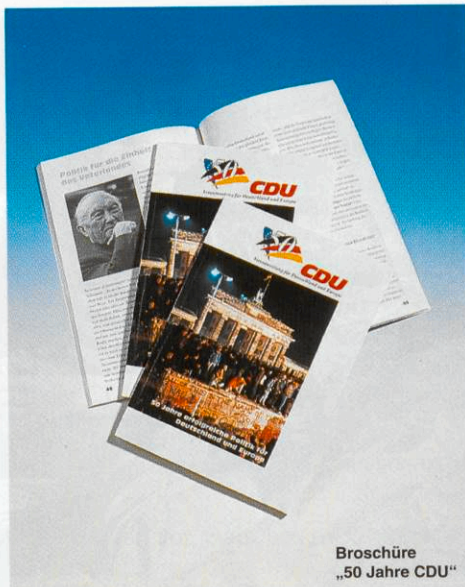
Bestell-Nr.: 9061

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Expl.: 12,- DM



VHS-Video



Broschüre
„50 Jahre CDU“

Broschüre „50 Jahre CDU“

Diese Broschüre dokumentiert, informiert mit vielen Texten, Bildern und Grafiken über die geistigen Wurzeln, die Ererungenschaften sowie die Persönlichkeiten, die die CDU auf ihrem politischen Weg von 1945 – 1995 begleitet haben.

Aufgeteilt in sechs verschiedene politische Kapitel werden z. B. die Leistungen der CDU für die Familie, wie die schrittweise Aufstockung des Kindergeldes, dargestellt. Das Kapitel „Politik für Freiheit und Frieden“ erinnert an die Zeit des kalten Krieges, des Nato-Doppelbeschlusses bis hin zum Wegfall des Ost-West-Konfliktes.

In einem zusätzlichen Bildteil sind alle Bundesvorsitzenden, Generalsekretäre sowie die Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion enthalten.

Bestell-Nr.: 5059

Verpackungseinheit: 10 Expl.

Preis je 10 Expl.: 25,- DM

Acryldisplay



„50 Jahre Medaille“ mit Acrylglas-Ständer

Aus Anlaß des 50jährigen Bestehens der CDU bietet die CDU-Bundesgeschäftsstelle die limitierte Festausgabe der Silbermedaille von Salvador Dali zu Ehren Konrad Adenauers mit Acrylglas-Ständer an. Diese Medaille ist nicht nur ein Leckerbissen für Sammler. Als repräsentatives Geschenk eignet Sie sich auch besonders zur Ehrung verdienter oder langjähriger Mitglieder (z.B. 50 Jahre) ihres CDU-Verbandes. Jede Medaille wird mit einem hochwertigen Acrylglas-Ständer und dazu passendem Geschenkkarton geliefert. Die Medaille besteht aus ca. 23 g Silber (900/1000) und hat einen Durchmesser von 30 mm. Die Auflage der Festausgabe ist auf 500 Exemplare limitiert. Der Preis je Medaille inkl. Acrylglas-Ständer und Geschenkkarton beträgt 125,- DM zzgl. MwSt.



Vorder- und Rückansicht
der Medaille



Geschenkkarton

Bestell-Nr.: 0084

Verpackungseinheit: 1 Expl.

Preis je Verpackungseinheit: 125,- DM

***Achtung – Änderung der Versandkosten!**

Aufgrund gestiegener Kosten im Versandbereich berechnet das IS-Versandzentrum ab sofort bei Bestellungen bis 50,- DM einen Versand- und Verpackungskostenbeitrag von 5,- DM. Bestellungen über 50,- DM werden weiterhin versandkostenfrei ausgeliefert.

Bestellungen an:

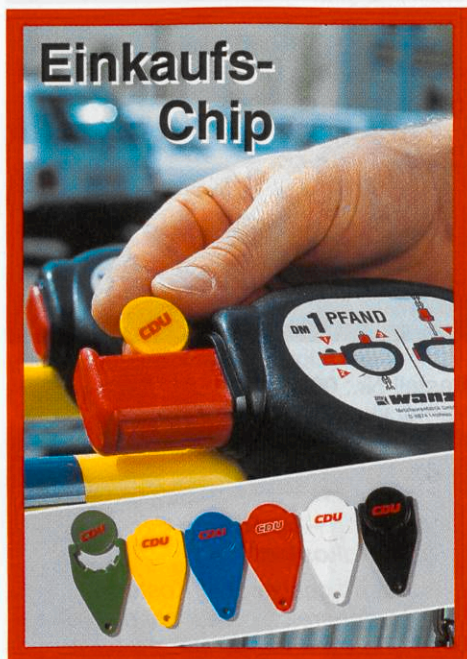
IS-Versandzentrum

Postfach 1164

33759 Versmold

***Alle Preise zzgl. MwSt. u. Versand**

UNION BETRIEBS GMBH
POSTFACH 2449
53014 BONN



Einkaufs-Chip

(Neuproduktion aufgrund der Umfrage in UiD 11/95)

Wer kennt nicht das Problem – man steht an den Einkaufswagen, und die Suche nach einem Markstück beginnt. Mit dem Einkaufs-Chip haben Sie immer die passende Münze griffbereit. Die Chip's werden komplett mit den dazu passenden Chiphaltern geliefert, die Sie an jedem Schlüsselbund befestigen oder z. B. auch im Portemonnaie aufbewahren können.

Jede Verpackungseinheit enthält 60 Expl. in sechs verschiedenen Farben.

Bestell-Nr.: **9070**

Verpackungseinheit: 60 Expl.

Preis je 60 Expl.: 45,- DM zzgl. MwSt.

UiD

18/1995

UNION IN DEUTSCHLAND — Informationsdienst der Christlich Demokratischen Union Deutschlands. **Für den Inhalt verantwortlich:** Axel König, **Redaktion:** Ernst-Jörg Neuper, Konrad-Adenauer-Haus, 53113 Bonn, Telefon (0228) 5440, **Verlag:** Union Betriebs GmbH, Friedrich-Ebert-Allee 73-75, 53113 Bonn, Tel. (0228) 53 07-0, Telefax (0228) 53 07-118/119. **Vertrieb:** Tel. (0228) 53 07-1 89. **Verlagsleitung:** Bernd Proffittlich. **Bankverbindung:** Sparkasse Bonn, Konto Nr. 7 510 183 (BLZ 380 500 00), Postgirokonto Köln Nr. 1937 95-504 (BLZ 370 100 50). Abonnementspreis jährlich 56,- DM. Einzelpreis 1,50 DM. **Herstellung:** ~~WV~~ Vereinigte Verlagsanstalten GmbH, Düsseldorf.